

Pressemitteilung

CO₂ Grenzausgleich: Düngemittelimporte massiv eingebrochen - Marktnappheit erfordert rasches Handeln der EU-Kommission

Der Import von Stickstoffdüngemittel in die EU ist im heurigen Jänner gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 1.183.728 Tonnen auf 179.877 Tonnen um über 84 Prozent eingebrochen. Die neuesten Zahlen der EU-Kommission bestätigen damit die bisher geäußerten Befürchtungen der Landwirtschaftskammer. „Eine Importreduktion dieser Größenordnung kann von der EU-Landwirtschaft nicht ohne größere wirtschaftliche Folgen bewältigt werden. Ohne Klärung der offenen Fragen zur Berechnung des CO₂ Grenzausgleichs werden bisher bestehende Lieferketten weiter beeinträchtigt bleiben. Die EU-Kommission und die EU-Verantwortungsträger sind daher gefordert, den CO₂-Grenzausgleich gemeinsam mit den bestehenden EU-Mehrwertzöllen für Düngemittel vorläufig auszusetzen, bis diese Fragen auf EU-Ebene geklärt sind. Es kann nicht sein, dass die EU-Schutzmaßnahmen für die EU-Düngemittelindustrie zu Lasten der EU-Landwirtschaft umgesetzt werden“, warnt LK-Präsident Franz Waldenberger.

Preise am Düngermarkt steigen

Mit dem Inkrafttreten des CO₂-Grenzausgleichsystems (CBAM) steigen die Importkosten spürbar. Vor allem Harnstoff bleibt für Europa ein Importprodukt und hier verteuern sich die Lieferungen je nach Herkunft um 45 bis 55 Euro pro Tonne. Bei Nitratdünger ist die EU hingegen gut versorgt, was die extremen Preissprünge etwas dämpfen kann. Empfindlicher sind die Aufschläge bei Ammoniumsulfat aus China mit 75 Euro je Tonne und bei Mehr-Nährstoffdünger (Nitrat, Phosphor und Kali) aus Russland und Marokko mit etwa 60 Euro je Tonne.

Düngemittelimporteure können CBAM-Folgekosten nicht abschätzen

Aktuell werden in der EU fast ausschließlich Düngemittel gehandelt, die bis Ende 2025 importiert bzw. verzollt wurden. Aktuell sind die Lager für Harnstoff und Phosphate in der EU schon weitgehend leergeräumt. Die Düngemittelimporteure haben aktuell größte Schwierigkeiten die CBAM-Folgekosten für den Einkauf ab Jänner 2026 zu kalkulieren. Ein neu eingeführter Sektor übergreifender Korrekturfaktor, dessen Wert erst Ende 2026 bekanntgegeben

wird, sowie die Preisermittlung über nachträglich veröffentlichte Quartalsdurchschnitte, machen die Importkosten schwer kalkulierbar. Daher machen internationale Produzenten und Händler bereits zunehmend einen Bogen um Europa.

Bevorstehende Anbausaison erfordert rasches Handeln

Die aktuellen Lagerbestände in der EU decken nur etwa 45 bis 50 Prozent des Düngemittelbedarfs der landwirtschaftlichen Betriebe für die Ernte 2026. Der notwendige Düngerbedarf für die Anbausaison 2026/2027, welche im Herbst des heurigen Jahres beginnt, ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. „Die Landwirtschaftskammer fordert daher mit allem Nachdruck von den EU-Verantwortungsträgern die Verschiebung der Umsetzung des CO₂-Grenzausgleiches für Düngemittel sowie die grundsätzliche Überarbeitung und die Abschaffung der bestehenden Mehrwertzölle für Düngemittel. Die EU-Landwirtschaft ist strukturell zu über 30 Prozent auf Düngemittelimporte angewiesen. Landwirtschaftsminister Totschnig hat dazu im letzten EU-Agrarministerrat bereit eine entsprechende Initiative zur Aussetzung dieser Regelungen gestartet. Die EU-Verantwortungsträger sind nun gefordert rasch zu handeln, um die Düngemittelversorgung für die bevorstehende Anbausaison mit vernünftigen Preisen zu sichern“, appelliert Kammerpräsident Franz Waldenberger.



Bildtext: *Die massiven Verwerfungen am EU-Düngemittelmarkt erfordern die umgehende Aussetzung der Klimazölle sowie der Mehrwertzölle für EU-Düngemittelimporte, verlangt Präsident Franz Waldenberger.*

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Anita Stollmayer,
Tel +43 50 6902-1592, anita.stollmayer@lk-ooe.at